

## Liebe Leserinnen und Leser,

Politik in Brüssel funktioniert anders als in Berlin oder München. Es gibt keine Opposition oder Koalition. Kompromisse und Mehrheiten müssen immer wieder neu erkämpft werden. Das macht Entscheidungen oftmals mühselig und die Ergebnisse sind nicht immer befriedigend.

Ich setze mich dafür ein, dass neue europäische Regelungen praktikabel für die Bürgerinnen und Bürger - und in meinem Fall ganz besonders für die Bäuerinnen und Bauern - vor Ort sind. Bisweilen schießen nicht nur die Sozialdemokraten, Grünen und Linken übers Ziel hinaus, sondern auch die EU-Kommission mit ihren Vorschlägen. Hier braucht es immer wieder Korrekturen.



Unser Europa ist gegründet auf der großartigen Idee einer friedlichen und starken Gemeinschaft. Geeint in Vielfalt. Diesen einmaligen Grundgedanken dürfen wir nicht in Gefahr bringen. Brüssel muss seine Europäerinnen und Europäer bei Entscheidungen mitnehmen.

Beeindruckt haben mich am Mittwoch Dr. Shirin Ebadi und Samantha Cristoforetti. Die beiden Frauen haben im Rahmen des Weltfrauentags im Plenum gesprochen. Frau Dr. Ebadi kämpft seit Jahrzehnten für Frauenrechte im Iran und wurde für ihren unermüdlichen und gefährlichen Einsatz mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Für Nürnberg saß sie in der Jury des Menschenrecht-Preises der Stadt. Frau Cristoforetti ist italienische Astronautin und die erste weibliche Kommandantin der ISS-Expedition 68. Großartige Frauen! Wen ich in meiner Heimat zum Weltfrauentag getroffen habe, erfahren Sie im Newsletter.

Mit meiner jüngste Ausgabe des Newsletters will ich Ihnen Europa wieder ein bisschen näher bringen. Lesen Sie, welche Themen wir in Brüssel und Straßburg diskutiert haben und was mich im Wahlkreis beschäftigt hat.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### CDU/CSU stimmen gegen Zwangsrenovierungen

Auch Gebäude müssen einen Beitrag zu den EU-Klimazielen leisten, denn laut Schätzungen stammen 40 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Gebäuden. Deshalb ist die Frage auch nicht ob der Gebäudebestand in Europa zu den Klimazielen beitragen soll, sondern wie. Bei der Abstimmung über die EU-Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden ging es um das „wie“, denn ein umstrittener Teil der Richtlinie sieht vor, dass zukünftig für die 15 Prozent energetisch schlechtesten Gebäude in Europa ein Zwang zur Sanierung eingeführt werden soll. CDU und CSU haben sich aus Überzeugung dagegen eingesetzt, allerdings bislang ohne Erfolg. Eine linke Mehrheit um die Sozialdemokraten und Grünen hat sich vorerst durchgesetzt und der umstrittene Passus ist nun Teil der Position des Europäischen Parlaments für die anstehenden Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten über das endgültige Gesetz.

Für CDU und CSU bleibt solch ein Sanierungszwang der falsche Weg, denn er geht an der Lebenswirklichkeit vorbei. In Zeiten steigender Immobilienpreise, hoher Energiekosten, Fachkräftemangel und Inflation würde diese Richtlinie Wohnen nur noch teurer machen und könnte so manch einen Hauseigentümer überfordern. Die Kosten einer energetischen Sanierung können gerade im ländlichen Raum den Wert eines Hauses leicht übersteigen. Zudem ist die Wohnungswirtschaft zukünftig vom Europäischen Emissionshandel erfasst und das Parlament hat verbindliche europäische Energie-Einsparvorgaben für die Mitgliedstaaten beschlossen. Diese EU-Vorgaben garantieren bereits die Einhaltung der Pariser Klimaziele. Zusatzmaßnahmen sind also nicht nötig.

Statt Zwang hätte "Lust auf Sanierung" der Ansatz dieser Richtlinie sein sollen. Niemand bestreitet, dass eine energetische Sanierung sinnvoll ist: für das Klima und nach einer gewissen Zeit auch für das Portemonnaie. Der richtige Weg wären bessere Anreize, wie man dem zweifellos hohen Sanierungsbedarf in Europa begegnet.

### Gebäuderichtlinie geht an Lebenswirklichkeit vieler Hausbesitzer vorbei

Zur Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz erklären:

**Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Der Gebäudesektor muss natürlich dazu beitragen, dass wir unsere Klimaschutzziele erreichen. Laut Schätzungen macht dieser nämlich 40 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Die Frage ist also nicht, ob wir den Gebäudebestand dekarbonisieren, sondern wie. Beispielsweise gilt der europäische Emissionshandel nun auch für Gebäude. Ein pauschaler Renovierungszwang, wie in der Gebäuderichtlinie vorgesehen, wird aber der Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht gerecht.

In Zeiten von hohen Energiepreisen, Fachkräftemangel und Inflation darf es nicht sein, dass Hausbesitzer zu energetischen Sanierungen ihres eigenen Eigentums gezwungen werden, zumal es gerade in ländlichen Regionen und Randgebieten durchaus möglich ist, dass sich diese wirtschaftlich nicht rechnen. Darauf nimmt die Position des Parlaments nicht ausreichend Rücksicht. Wir müssen den Kampf gegen den Klimawandel mit den Menschen gestalten und nicht gegen sie."

**Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe:

„Lust auf Sanierung“ hätte das Motto dieser Richtlinie sein müssen. Niemand bestreitet, dass eine energetische Sanierung sinnvoll ist: Für das Klima und nach einer gewissen Zeit auch für das Portemonnaie. Mit klugen Anreizen, wie man dem zweifellos hohen Sanierungsbedarf in Europa begegnet, hätte diese Richtlinie einen sinnvollen Beitrag leisten können, aber leider verfehlt dies die heute abgestimmte Position vollkommen.

Die Wohnungswirtschaft ist bereits im europäischen Emissionshandel. Zusätzlich hat das Parlament verbindliche europäische Energie-Einsparvorgaben für die Mitgliedstaaten beschlossen. Diese EU-Vorgaben garantieren bereits die Einhaltung der Pariser Klimaziele. Warum Brüssel jetzt auch detailliert Gebäudestandards und Sanierungsquoten für die älteren Gebäude beschließen soll, ist nicht nachvollziehbar. Zu dem deutschen Verbot moderner, wasserstoff- und biogasgeeigneter Gasheizungen in Deutschland soll jetzt die europäisch veranlasste Zwangssanierung für die 15 % am schlechtesten gedämmten Gebäude innerhalb weniger Jahre kommen. Das wird Hauseigentümer überfordern. Solch ein von oben verordneter europäischer Sanierungszwang ist falsch. Stattdessen sollte Brüssel den Mitgliedsstaaten Freiräume zur Erreichung der Klimaziele einräumen, etwa für Quartiersanierungen oder verbesserten Anschlüsse von Siedlungen an Wärmenetze. Damit wäre der Sache mehr geholfen.“

### Abstimmung über das "Verbrenneraus" verschoben

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten hat die Abstimmung über das "Verbrenneraus" verschoben. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

"Die Bundesregierung präsentiert sich in Brüssel als Chaostruppe. Jetzt, wo die Gesetzgebung kurz vor dem Abschluss ist, sind die Liberalen in Berlin aufgewacht. Dass es nun keine Abstimmung über die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte gibt, ist richtig.

Minister Wissing hat meine volle Unterstützung, wenn er jetzt auf den Kurs einschwenkt, den die CDU von Anfang an vertreten hat. So hat die CDU ein Anrechnungssystem für synthetische Kraftstoffe vorgeschlagen. Das wäre genau der Kompromissvorschlag, den es jetzt braucht. Eine ambitionierte Reduktion von CO<sub>2</sub>, die aber technologieoffen ist und ohne ein Verbrennerverbot auskommt.

Man darf allerdings Zweifel daran haben, ob Minister Wissing diese Position innerhalb der Bundesregierung mehrheitsfähig machen kann. Bisher hat er sich nicht besonders durchsetzungsstark gezeigt. Er inszeniert politische Positionen anstatt sie tatsächlich umzusetzen.

Dass die Bundesregierung nach über zwei Jahren Verhandlung in einem der wichtigsten industriepolitischen Themen ohne Position dasteht, ist ein Armutszeugnis."

## Heftig diskutiert: Die Zukunft der Holz-Biomasse

Nach wie vor beschäftigt mich und viele von Ihnen auch die Frage, wie es mit der Zukunft von Holz als Energieträger weitergeht. Ich teile die Sorgen vieler, führe zahlreiche Gespräche und Diskussionen darüber - sei es bei Podiumsveranstaltung der Waldbesitzer im Nürnberger Land oder mit meinen Kollegen im EU-Parlament.

Lassen Sie mich kurz erläutern, wie es zu der aktuellen Ausgangslage kam:

Wir alle wollen das Klima und die Umwelt schützen - daher ist es das erklärte Ziel der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments (EP), die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 zu senken. Bis 2050 soll Europa treibhausgasneutral werden. Wie dies gelingen kann, da scheiden sich die Parteien und ihre Geister.

Dieser Zusammenhang führte zum Beschluss im Umweltausschuss des EP, primäre Biomasse aus dem Wald solle nicht mehr als erneuerbare Energie gelten und damit auch nicht mehr förderfähig sein. Dies wurde dank unseres Einsatzes als CDU/CSU im EP in dieser Form abgelehnt und wesentlich verbessert. Daher haben wir in der finalen Abstimmung im Plenum dafür gestimmt. Wäre der ausgehandelte Kompromiss nicht durchgegangen, hätte die Annahme des ENVI-Ausschussbeschlusses gedroht, bei dem primäre Biomasse (mit Ausnahmen zur Prävention von Waldbränden und Schädlingsbefällen) zu 0 % hätte angerechnet werden sollen.

Die CDU/CSU hat sich damit mit der gefundenen Lösung für die Forstwirtschaft eingesetzt und übergreifende Regelungen der SPD und Grünen verhindert. Auch unserer Bayerischen Staatsministerin Michaela Kaniber habe ich dies so erklärt.

Politik in Brüssel funktioniert anders als in Berlin oder München. Es gibt keine Opposition oder Koalition. Mehrheiten müssen immer wieder neu erkämpft werden.

Ich persönlich hoffe sehr, dass im nun anstehenden Trilog weitere Verbesserungen im Sinne unserer Waldbesitzer und Holznutzer ausgehandelt werden. Auch deshalb, weil Schweden, dessen Landesfläche zu knapp 70% aus Wald besteht, aktuell den Rats-Vorsitz inne hat. Auch persönlich habe ich den schwedischen Agrarminister um positive Begleitung gebeten.

Will heißen: Es darf zwar auch in Zukunft Holz verheizt werden. Aber für die nächsten Jahre stehen weitere Einschränkungen auf dem Papier. Deshalb müssen die Weichen jetzt im Sinne regionaler, regenerativer Holz-Biomasse richtiggestellt werden. Mit dem zuständigen Berichterstatter bin ich regelmäßig im Gespräch. Warten wir das endgültige Ergebnis ab.

## Wälder als CO<sub>2</sub>-Speicher

Wälder, Wiesen und Moore entziehen der Atmosphäre klimaschädliches CO<sub>2</sub> und lagern es in den Stämmen und im Boden ein. Mit Hilfe dieser natürlichen CO<sub>2</sub>-Speicher will die EU bis 2030 mindestens 310 Millionen Tonnen Treibhausgase einsparen. Das Europaparlament hat in dieser Plenarwoche mit großer Mehrheit entsprechende Regeln und Ziele verabschiedet. Deutschlands Wälder und Böden müssen in den kommenden sieben Jahren rund 31 Millionen Tonnen Treibhausgase aufnehmen.

Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, setzen sich CDU und CSU für eine aktive und nachhaltige Waldbewirtschaftung ein. Unser Ziel ist es, eine Balance bei der aktiven Nutzung von Wäldern zu schaffen. Umso wichtiger ist es, in Zukunft wieder vermehrt auf die Expertise von Land- und Forstwirten zurückzugreifen, um die optimale gesellschaftliche Gesamtleistung von Wäldern, Mooren und Böden zu erreichen. Der Fokus liegt zuallererst auf der Beseitigung fossiler Emissionen. Dafür müssen fossile Produkte durch nachhaltige und nachwachsende ersetzt werden. Es darf nicht einfacher und billiger sein, Holz zu importieren, als die lokale Produktion zu fördern. Zudem speichert ein gesunder und aktiv bewirtschafteter Wald auch mehr CO<sub>2</sub> und wird langfristig an den Klimawandel angepasst.

### Fit for 55-Abstimmungen

Das Plenum hat die Verhandlungsergebnisse von drei Fit for 55-Berichten (1. Verordnung zur Lastenteilung (Effort Sharing) 2. Land- und Waldnutzung (LULUCF), 3. Marktstabilitätsreserve im Emissionshandel) angenommen.

Zu den Zielen zur Steigerung der Klimaambitionen im Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Vorsitzender des Agrarausschusses:

"Nachhaltige Waldbewirtschaftung sorgt dafür, dass der Wald mehr CO<sub>2</sub> speichert und somit langfristig zum Klimaschutz beitragen kann. Unser Ziel ist es, eine Balance bei der aktiven Nutzung von Wäldern zu schaffen. Wir müssen in Zukunft wieder vermehrt auf die Expertise von Land- und Forstwirten zurückgreifen, um die optimale gesellschaftliche Gesamtleistung von Wäldern, Mooren und Böden zu erreichen. Hier wird das Carbon Removal Framework eine entscheidende Rolle spielen.

Unser Fokus sollte zuallererst auf der Beseitigung fossiler Emissionen liegen. Dafür müssen wir fossile Produkte durch nachhaltige und nachwachsende ersetzen. Wir brauchen also eine aktive Waldwirtschaft. Es darf nicht einfacher und billiger sein, Holz zu importieren, als die lokale Produktion zu fördern. Zudem speichert ein gesunder und aktiv bewirtschafteter Wald auch mehr CO<sub>2</sub> und wird langfristig an den Klimawandel angepasst."

Zur Verordnung zur **Lastenteilung (Effort Sharing)** erklärt **Peter Liese (CDU)**, umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Mit der angenommenen Effort Sharing Regulation legt die EU auch neue Ziele für die Mitgliedstaaten in Bereichen fest, die bisher nicht vom Europäischen Emissionshandel erfasst sind. Dazu gehören beispielsweise der Straßenverkehr, das Heizen von Gebäuden, die Landwirtschaft oder die Abfallbeseitigung.

Für die Mitgliedstaaten gelten unterschiedliche, an ihre Wirtschaftskraft angepasste Ziele. So sind etwa die Ziele für Rumänien und Bulgarien weniger ambitioniert als diejenigen für Deutschland, Dänemark, Finnland, Luxemburg oder Schweden. Wir müssen die Tatsache berücksichtigen, dass in den reicheren EU-Ländern manche Familien eventuell drei Autos haben, während in Rumänien und Bulgarien teilweise noch Pferdefuhrwerke genutzt werden. Das deutsche Ziel ist absolut kompatibel mit den Vorgaben, die sich Deutschland noch unter der Regierung von Angela Merkel nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts selbst gegeben hat. Es ist gut, dass jetzt auch die anderen europäischen Länder feste Ziele haben.“

## Schutz geografischer Angaben für Handwerkserzeugnisse

Der Rechtsausschuss legte seine Position für eine Verordnung über den Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse fest. Hierzu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses und Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für das Dossier:

„Mit dieser Verordnung ermöglichen wir erstmals, den Namen von handwerklichen und industriellen Produkten und ihren Ursprungsort europaweit zu schützen. Dieser Schutz ist eine Art Gütesiegel, das die Echtheit und Qualität von in der EU hergestellten Erzeugnisse garantiert. Das Gütesiegel belegt, dass ein Erzeugnis einen bestimmten geografischen Ursprung hat und aufgrund dieses Ursprungsorts ein bestimmtes Ansehen genießt oder bestimmte Qualitäten besitzt. Kunden, die etwa Solinger Schneidwaren oder Meissner Porzellan kaufen, haben dann die Gewissheit, dass die erworbenen Produkte keine Fälschung oder Nachahmung sind. Der Schutz der geografischen Angaben soll sowohl offline, als auch im Online-Handel gelten. Auch Domainnamen werden somit geschützt.

Es ist wichtig, dass die EU jetzt handelt. Etwa 21 Prozent der Hersteller in der EU erleiden einen Einkommensverlust zwischen fünf und 30 Prozent ihres Umsatzes aufgrund von in Drittländern hergestellten und als authentisch verkauften Produkten. Um dies zu unterbinden, haben wir für effiziente Kontrollen und Durchsetzungsregelungen gesorgt, die sich auf eine wirksame Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums in der gesamten Union und im elektronischen Handel im Binnenmarkt beziehen.

Es war mir sehr wichtig, den Produzenten eine unkomplizierte Antragsstellung zu ermöglichen, natürlich sollte diese auch digital möglich sein. KMUs werden von zusätzlicher Vereinfachung und geringeren Gebühren profitieren. Schlanke und effiziente administrative Verfahren sind für alle Etappen auf nationaler und europäischer Ebene für dieses neue Schutzsystem vorgesehen. Zudem müssen die Mitgliedstaaten für das Eintragsverfahren keine neuen Strukturen aufbauen, sondern können eine Antragstellung direkt an das Amt für den Schutz geistigen Eigentums vorsehen.

Mit der Verordnung erhöhen wir nicht nur die Rechtssicherheit für Hersteller und Verbraucher in ganz Europa, sondern fördern das traditionelle europäische Handwerk, die Bekanntheit ganzer Regionen und stärken somit die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Des Weiteren wird sichergestellt, die das neue Gütesiegel keine Nachteile für bereits geschützte Erzeugnisse, wie z.B. Glashütte Uhren, mit sich bringt.“

### Hintergrund:

Die Möglichkeit, den Ursprung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie z.B. die Thüringer Rostbratwurst auf europäischer Ebene schützen zu lassen, besteht bereits seit 1992. Einen EU-weiten Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Produkte gibt es jedoch noch nicht. Mit dieser Verordnung soll ein unmittelbar geltender Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse (wie Schmuck, Textilien, Glas, Porzellan usw.) auf EU-Ebene eingeführt werden, der den bestehenden EU-Schutz für geografische Angaben im Agrarbereich ergänzt. In der EU wird geschätzt, dass an die 300 handwerkliche und industrielle Erzeugnisse von einem solchen Schutz profitieren könnten. 16 Mitgliedstaaten haben bereits auf nationaler Ebene einen Schutz vorgesehen. Für die Eintragung und das Verfahren gibt es allerdings unterschiedliche Voraussetzungen. Nunmehr soll mit nur einer einzigen Anmeldung ein europaweiter Schutz der traditionell gefertigten Erzeugnisse ermöglicht werden.

## EU-Führerschein

Zur von der EU-Kommission vorgestellten Überarbeitung der EU-Führerscheinrichtlinie im Rahmen des Verkehrssicherheitspakets erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Der europäisch einheitliche Führerschein ist ein Kernelement des europäischen Binnenmarktes, von dem so gut wie jeder Bürger profitiert. Diesen Weg sollten wir fortsetzen und individuelle grenzüberschreitende Mobilität weiter vereinfachen.

Ganz besonders freut mich, dass die Kommission das deutsche Erfolgsmodell „Begleitetes Fahren ab 17 Jahren“ auf die europäische Ebene gehoben hat. Damit wird das Fahren in Begleitung bald in jedem europäischen Mitgliedsstaat möglich sein. Das ist eine wichtige Botschaft, vor allem für die Menschen in Deutschlands Grenzregionen.

Begleitetes Fahren soll nun auch bei LKW-Führerscheinen möglich werden. Klug umgesetzt, kann das ein wichtiger Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels werden. Positiv ist auch, dass die Kommission neue, verstärkte Vorschläge für die grenzüberschreitende Strafverfolgung von Verkehrsdelikten macht.“

Meine Pressemeldung zum Thema können Sie [hier](#) nachlesen.

## Data Act

Wem gehören die Daten von vernetzten Geräten? Eine Antwort darauf geben will der Europäische „Data Act“. Dieses Gesetz regelt den Zugriff auf die Daten von vernetzten Maschinen, von Kühlschränken bis zu Flugzeugturbinen oder Industrierobotern. Damit ist der „Data Act“ eins der wichtigsten Gesetze für die Digitalwirtschaft in Europa. Er soll Innovationen und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle erleichtern und gleichzeitig auch die Verbraucherinnen und Verbraucher schützen. Denn das Grundprinzip ist: Der Nutzer muss Zugang zu den Daten haben und in der Lage sein, diese zu teilen.

**Ein gutes Beispiel ist ein Landwirt:** Wenn dieser zukünftig auf Daten seines vernetzten Traktors oder Bewässerungssystems zugreifen kann, kann er dies für eine bessere Ernte nutzen. Damit kann der Data Act eine Art Datenrevolution einleiten, denn bislang bleiben viele Daten schlicht ungenutzt, weil der gesetzliche Rahmen unklar ist. Das Gesetz ist damit ein zentraler Baustein für eine florierende Datenwirtschaft. CDU und CSU haben insbesondere dafür gesorgt, dass KMUs und Start-ups künftig einfacher auf Industrie- und Maschinendaten zugreifen sollen. Gleichzeitig haben wir uns einen hohen Schutz von Geschäftsgeheimnissen eingesetzt. Die Herausforderung beim Data Act besteht insgesamt vor allem darin, eine Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen von Datennutzern sowie Dateninhabern zu finden. Denn die Teilnahme an der Datenwirtschaft muss für alle beteiligten Akteure technisch machbar, rechtlich sicher und finanziell attraktiv sein.

Diese Woche hat sich das Europaparlament zum Data Act positioniert, bevor das Gesetz in Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten finalisiert wird.

## Position zum Data Act

Das Plenum hat sich zum Data Act positioniert. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Wir müssen Datenteilen erleichtern. Mit dem Data Act haben wir dafür heute einen wichtigen Meilenstein auf den Weg gebracht. Er regelt endlich den Zugriff auf Daten von vernetzten Industriemaschinen, Kühlschränken oder Flugzeugturbinen. Der Datenschutz gilt weiter uneingeschränkt.

Wir müssen Datensilos aufsprengen, sodass nicht-personenbezogene Maschinendaten genutzt werden können. Es muss Unternehmen aber auch weiterhin möglich sein, ihre Geschäftsgeheimnisse weiter schützen zu können. Denn nur, wenn Menschen und Unternehmen Vertrauen haben, werden wir die Datenwirtschaft und Datengesellschaft erfolgreich aufbauen können."

## Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Wie verhindern wir, dass die europäische Wirtschaft in eine schleichende Deindustrialisierung rutscht? Darüber hat das Europaparlament in dieser Plenarwoche debattiert, bevor sich die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen kommende Woche ebenfalls mit dieser Frage auseinandersetzen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte in der Debatte eine Langzeitstrategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit an.

Konkret sollen im Rahmen dieser Strategie etwa die Berichtspflichten für Europas Unternehmen vereinfacht werden. Für CDU und CSU steht fest: Es ist nicht die einzelne Nachweispflicht, sondern die Summe der Auflagen, die gerade kleine und mittlere Unternehmen vor enorme Herausforderungen stellt. Dass die Kommission zudem angekündigt hat, den Stand von Europas Wettbewerbsfähigkeit künftig viel genauer als bisher anhand von Kennzahlen zu verfolgen und darüber jährlich berichten zu wollen, ist ebenfalls positiv.

Aufgrund der hohen Energiepreise, der Inflation und der geopolitischen Entwicklungen bleibt die Wettbewerbssituation der europäischen Unternehmen enorm angespannt. Eine Langfriststrategie zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist deshalb überfällig. Viel zu lang ist dieses Thema in Europa vernachlässigt worden. Notwendig sind nun die richtigen Rahmenbedingungen für die Transformationen hin zur CO<sub>2</sub>-Neutralität. Das amerikanische Subventionsprogramm „Inflation Reduction Act“ war ein wichtiger Weckruf.

Zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

"Diese Strategie war überfällig. Die Wettbewerbssituation unserer Unternehmen ist enorm angespannt, sei es durch hohe Energiepreise, Inflation oder geopolitische Entwicklungen. Wir dürfen nicht in eine schleichende Deindustrialisierung Europas rutschen, sondern müssen aktiv gegensteuern. Mit der Strategie zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit schlägt die Kommission den richtigen Weg ein.



Ich begrüße ausdrücklich, dass die Kommission endlich die zahlreichen europäischen Berichtspflichten für Unternehmen unter die Lupe nehmen wird und diese um ein Viertel reduzieren möchte. Es ist nicht die einzelne Nachweispflicht, sondern die Summe der Auflagen, die gerade kleine und mittlere Unternehmen vor enorme Herausforderungen stellt. Dass die Kommission den Stand von Europas Wettbewerbsfähigkeit zudem viel genauer als bisher anhand von Kennzahlen verfolgen will und zukünftig darüber jährlich berichten wird, ist ebenfalls positiv.

Die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit bleibt Daueraufgabe. Dazu gehört auch die Erschließung neuer Märkte durch neue Handelsabkommen. Die Ankündigung der Kommission, mit Thailand wieder Gespräche über ein Freihandelsabkommen aufzunehmen, begrüße ich deshalb sehr."

## Das Europäische Rohstoffgesetz

Die EU-Kommission hat ihren Entwurf für ein Europäisches Rohstoffgesetz veröffentlicht. Dazu erklärt **Hildegard Bentele (CDU)**, Mitglied im Industrie-, Umwelt- und Entwicklungsausschuss und Berichterstatterin des Europäischen Parlaments zur EU-Rohstoffstrategie:

"Die Entwicklung einer EU-Strategie für eine verbindliche Rohstoffpolitik ist dringend notwendig. Der Entwurf enthält viele Elemente meines Berichts zur EU-Rohstoffstrategie: diversifizierte Importe, bessere Koordinierung auf EU und nationaler Ebene, Schließung der Materiallücken mit Hilfe von strategischen Projekten für Rohstoffabbau, Weiterverarbeitung und Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft, vor allem mit Blick auf den Aufbau starker Sekundärrohstoffmärkte.

Besonders angemahnt hatten wir die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, die nun in den strategischen Projekten umgesetzt werden soll. Der Ablauf von Genehmigungsverfahren ist grundsätzlich ein sehr wichtiger Standortfaktor für eine wettbewerbsfähige Industrie und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Europa. Die EU-Mitgliedstaaten müssen hier dringend ihren Beitrag leisten. Es ist gut, dass wir nun auch im Bergbau zu konkreten Fortschritten kommen werden.

Auf EU-Ebene müssen wir uns noch besser koordinieren, den Überblick bewahren und vor allem auf Kohärenz in der Gesetzgebung achten, um ungewollte Auswirkungen auf Rohstoffprojekte durch andere legislative Anforderungen zu vermeiden. Rohstoffpolitik ist harte Industrie- und Sicherheitspolitik, sie muss wirklichen strategischen Rang bekommen.

Der Vorschlag ist ein guter Ausgangspunkt. Ich möchte dazu beitragen, dass er im Parlament zügig beraten wird."

## Netto-Null-Industrie-Gesetz

Zum "Netto-Null-Industrie-Gesetz" (den "Net Zero Industry Act") erklären

**Christian Ehler (CDU)**, industriepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Dass die Gefahr einer schleichenden Deindustrialisierung in Europa besteht, ist keine Schwarzmalerei, sondern Realität. Der Inflation Reduction Act war ein finaler Weckruf, dass

wir auch unsere europäische Politik neu denken müssen. Die EVP-Fraktion hat seit Jahren darauf hingewiesen. Nun mit dem Schwarzen Peter auf die USA zu zeigen, ist falsch - wir müssen uns auf unsere eigene Hausaufgabe konzentrieren: die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu stoppen und Europa wieder konkurrenzfähig machen. Über die Zukunft wird bei uns in Europa entschieden, nicht in den USA oder in China. Die Kommission schlägt mit den heutigen Vorschlägen den richtigen Weg ein. Der Net Zero Industry Act ist ein wichtiger Schritt für weniger Abhängigkeit im Clean-Tech-Sektor."

**Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europa-Gruppe und Mitglied im Industrieausschuss:

"Endlich ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Industrie eine Priorität für die Kommission und die Mitgliedstaaten. Unsere Klimaschutzziele können wir nur erreichen, wenn wir technologisch auf der Höhe der Zeit sind. Dafür braucht es Anreize statt Verbote. Die heutigen Vorschläge zeigen, dass in dieser Hinsicht ein Umdenken stattgefunden hat. Es ist richtig, dass der Net Zero Industry Act den Clean Tech Sektor in den Blick nimmt, aber unsere industrielle Basis umfasst mehr: Wir brauchen zum Beispiel auch eine starke chemische Industrie in Europa. Ohne klimaresistente Beschichtungen, für die Chemie gebraucht wird, gibt es keine Windräder. Ohne die chemische Industrie, die als energieintensiver Sektor von den hohen Energiepreisen im Besonderen betroffen ist, wäre der Made-in-Europe Anteil der Clean-Tech-Branche weitaus geringer."

## Verbesserter polizeilicher Informationsaustausch

Das Plenum gab grünes Licht für einen verbesserten polizeilichen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten. Dazu erklärt **Lena Düpont (CDU)**, innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für das Dossier:

„Mit dem Beschluss ist uns eine deutliche Verbesserung des polizeilichen Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten der EU unter Einbeziehung von Europol gelungen. Polizeiarbeit in Europa, ob Präventionsarbeit, die Aufdeckung von Straftaten oder die eigentliche Täterermittlung kann nun deutlich schneller, effizienter und präziser über alle Kriminalitätsbereiche hinweg erfolgen.“

Den jeweiligen Polizeibehörden der Mitgliedstaaten wird gleicher Zugang zu Informationen über eine zentrale elektronische Schnittstelle (Single Point of Contact, SPoC) ermöglicht. Die neue Schnittstelle für Informationsabfragen kann dazu Daten nach Dringlichkeit gestaffelt in wenigen Stunden weiterleiten. Dieses Instrument setzt die grundlegenden Standards für eine einfachere Datenabfrage untereinander und trägt der steigenden grenzüberschreitenden Kriminalität Rechnung.

Europa ist mit diesem Beschluss ein deutliches Stück sicherer geworden. Jetzt müssen die Mitgliedstaaten den Beschluss schnell umsetzen.“

### Hintergrund:

Der Beschluss ist Teil des Police Cooperation Code, den die Kommission im Dezember 2021 vorgelegt hat. Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hatte dem Vorschlag bereits im Januar 2023 mit deutlicher Mehrheit zugestimmt.

## Mein Mittelfranken

### Listenaufstellung Mittelfranken zur Landtags- und Bezirkstagswahl 2023

Wir konnten vergangen Samstag in Erlangen ein starkes Team für Mittelfranken für die [Landes-](#) und [Bezirksebene](#) aufstellen. Ich bin stolz auf die vielen kompetenten und engagierten Kandidatinnen und Kandidaten, die sich im Herbst den Wählerinnen und Wählern in Mittelfranken stellen.

Meine Partei hat mich auf Platz 2 der Bezirkstagsliste gesetzt. Ich habe meiner Partei viel zu verdanken. Diesen Dank möchte ich mit meiner Kandidatur gerne ein bisschen zurückgeben.

Die Bezirke in Bayern sind die kommunale Ebene, die wir noch sichtbarer machen können und müssen! Dafür trete ich an und ein.



### Schäferin aus Leidenschaft - Zu Besuch bei Jungbäuerin Christina

Anlässlich des Weltfrauentags besuchte die Agrarpolitikerin und Europaabgeordnete Marlene Mortler die Jungbäuerin und Schafhalterin, Christina Prögel, auf ihrem Hof in Altdorf. Ich habe selten erlebt, dass jemand so für den Beruf brennt wie Christina für ihre Schafhaltung. Für mich und für viele junge Frauen in der Landwirtschaft ist sie ein Vorbild. Mehr zum Besuch erfahren Sie [hier](#).



## Die Landwirtschaft kann's

Die CSU Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft, Forsten traf sich in Greding zum Fachgespräch über Biodiversität und Artenvielfalt. Als Referentin konnten wir Kornelia Marzini von der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau, Veitshöchheim, gewinnen. Unsere Arbeitsgemeinschaft will das Thema „Biodiversität und Artenvielfalt“ in der Landwirtschaft weiter voranbringen. Frau Marzini hat uns Bekanntes, aber auch viele neue Erkenntnisse für unsere Arbeit mit an die Hand gegeben. Mehr zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

## Ehre, wem Ehre gebührt

Unser Landtagsabgeordneter des Nürnberger Landes, Norbert Dünkel, lud zum Blaulichtempfang ein. Ohne unsere große Blaulichtfamilie mit ihren vielen engagierten haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wäre unser Land nicht das, was es ist - sicher und lebenswert. Da hieß es einmal mehr DANKE sagen! Als Ehrengast konnte Norbert unseren Staatsminister für Inneres, Joachim Herrmann, MdL, begrüßen.



## Landfrauentag Nürnberger Land



Kreisbäuerin Marion Fischer und ihr Team haben heute eine großartige und kurzweilige Veranstaltung in Ottensoos auf die Beine gestellt. Mit Volker Heissmann konnte ein fulminanter und gewohnt humorvoller Hauptredner gewonnen werden. Viele Mitglieder und Gäste sind der Einladung gefolgt. Für mich sind die BBV-Frauen im Nürnberger Land wie eine große Familie.

## Europa-Talk in Thalmässing

Gemeinsam mit Johannes Mailinger habe ich Anfang März zum Europa-Talk nach Thalmässing eingeladen. Dafür konnte Johannes PPD Dr. Dr. Michael Rasche gewinnen. Das Thema des Abends „Demokratie in der Krise? Neue Zeiten, neue Herausforderungen?“. Im vollbesetzten Landgasthof hat Dr. Dr. Rasche die unterschiedlichen Facetten der Chancen und Herausforderungen unserer Demokratie eindrücklich und kurzweilig beleuchtet. Über das große Interesse an unserer Veranstaltung habe ich mich sehr gefreut.



## Metropolregion zu Gast in Brüssel

Zwei Tage waren Vertreterinnen und Vertreter aus der Metropolregion Nürnberg und weiteren deutschen Metropolregionen zu Gast in Brüssel.

Darunter Landräte, Bürgermeister, Entscheidungsträger, Experten aus Wirtschaft und Forschung. Ich hatte die Gelegenheit, mich mit zahlreichen Nürnberger Delegierten zum Gespräch zu treffen. Unsere Metropolregionen gestalten den Wandel auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Sei es in der Industrie, bei der Energieversorgung oder der Ernährungswirtschaft. Ihre besondere Stärke: Stadt und Land gehen bei uns Hand in Hand. Wir fördern und stärken unsere Metropolregion überproportional. Das ist richtig und wichtig! Gerne sind wir dabei Türöffner in die EU-Kommission und ihre weiteren Behörden.

## Herzensangelegenheiten

### Was macht eine moderne Landwirtschaft aus? Meine Gedanken dazu

Die Welt ist im Wandel und mit ihr die Anforderungen an eine moderne Landwirtschaft. Unsere Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können und wünschen sich mehr Wertschätzung für ihr Tun. Im gleichen Atemzug erwartet die Gesellschaft, dass die Landwirtinnen und Landwirte hochwertige Rohstoffe für Nahrungsmittel zu bezahlbaren Preisen erzeugen, sie zur Energiewende und zur Kulturlandschaftspflege beitragen sowie hohe Klima-, Tier- und Umweltschutzstandards befolgen. Gerade hier leisten unserer Bäuerinnen und Bauern bereits Hervorragendes - auch im internationalen Vergleich. Sie werden ihren Weg zu einer noch umweltfreundlicheren und klimaneutralen Branche konsequent weitergehen. Es gilt das Motto: Schützen, nachhaltig nützen und die Kreislaufwirtschaft optimieren. Landwirtschaftliche Erzeugnisse liefern schon heute wertvolle Koppelprodukte. Tierhaltung im Stall und auf der Weide gehört in seiner ganzen Bandbreite dazu. Diese müssen wir nutzen und ausbauen und nicht aus ideologischen Gründen zurückfahren. Das alles gelingt nach meinem Dafürhalten durch neue innovative Konzepte, Forschung und Entwicklung.

Vor allem in Bayern können wir auf eine hohe Diversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe blicken - vom klassischen Milchviehhalter, über Urlaub auf dem Bauernhof bis zum Körnerveredelungsunternehmen. Wir brauchen mehr Mut und Zutrauen, um diese elementare Branche in eine sichere Zukunft zu führen. Beste Ausbildung muss noch schneller und enger mit den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen verzahnt werden - Auf den Hof, den Acker und in die Ställe. Lassen wir die Junglandwirtinnen und -landwirte von der Leine und ermutigen sie, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen sowie eigene Ideen zu entwickeln, konsequent zu verfolgen und umzusetzen. Eine moderne Landwirtschaft gelingt dann am besten, wenn Politik mit ihr und nicht gegen sie arbeitet. Die Devise muss lauten: Kooperation statt Konfrontation!

### Welttag des Artenschutzes: Vielfalt der Pflanzen und Tiere gemeinsam bewahren

Die Vielfalt der Pflanzen und Tiere hat enormen Einfluss auf unser Nahrungsangebot und auf unser Klima. Als eine unserer wesentlichen Lebensgrundlagen muss die Biodiversität deshalb global geschützt werden. Dieses Erkenntnis ist nicht neu: Schon vor 50 Jahren haben viele Länder das Washingtoner Artenschutzübereinkommen unterzeichnet, auf das der Internationale Tag des Artenschutzes zurückgeht. Durch das damit verbundene Verbot des

Handels mit bedrohten Tier- und Pflanzenarten wurde viel erreicht. Darauf darf sich die Welt aber nicht ausruhen.

Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

### **Weltfrauentag: Wir sind noch lange nicht am Ziel**

Zum Weltfrauentag formulierte unsere EVP-Fraktion im EU-Parlament eine Erklärung, in der Maßnahmen für mehr Gleichberechtigung und die Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft vorgeschlagen werden. Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

### **Vorbildliche Partnerschaften von Bauern und Imkern gesucht: Bewerbungen für Wettbewerb bis Ende Mai einreichen**

Bienen sind für die Natur, die Artenvielfalt und die Ernährung des Menschen unverzichtbar. Um frische Ideen für mehr Biodiversität in Feld und Flur zu finden, wird Agrarministerin Michaela Kaniber auch in diesem Jahr beispielgebende Kooperationen von Imkern und Landwirten auszeichnen. Unter dem Motto „Landwirte.Imker.Miteinander“ können sich bis 31. Mai besonders gelungene Partnerschaften bewerben.

Die Aktion findet in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal statt. Die besten Projekte werden von einer Jury ausgewählt, die aus Fachleuten der Landwirtschaft, des Naturschutzes und der Imkerei zusammengesetzt ist. Die Bewertungskriterien sind Wirksamkeit, Kreativität und Übertragbarkeit in die Praxis. Den Siegern winken drei Geldpreise mit einer Gesamtsumme von 8.000 Euro.

Alle Details zur Teilnahme und Informationen zu den bisherigen Preis-trägern sind unter [www.stmelf.bayern.de/lim2023](http://www.stmelf.bayern.de/lim2023) zu finden.

## **Lesenswert**

### **Brüsseler Notizen**

Lesen Sie [hier](#) die neueste Ausgabe der monatlichen "Brüsseler Notizen" der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik

## Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)

[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.